Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis: monatlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen [illegible] 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich [illegible] M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 80 Pfennig, darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Briefniederlegungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. [illegible] Dresden, Dienstag den 29. April 1919. 30. Jahrg.

Auf! Sorgt für eine würdige Maifeier!

In unserer Abend-Nummer hat der Dresdner Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf erlassen, in dem die sächsische Bevölkerung aufgefordert wird, am 1. Mai im Interesse der öffentlichen Sicherheit von Straßenkundgebungen fernzubleiben. Diese Mahnung zur Vernunft bei der unabhängigen Parteileitung Wutausbrüche gezeitigt, die sich in der hiesigen unabhängigen Presse in einem giftgeschwollenen Artikel und entsprechenden Aufruf äußert.

Man gibt, welcher chamäleonhaften Farbenwendung die unabhängigen Führer fähig sind: in dem mit suchen sie sich als die harmlosesten Idealisten der Welt hinzustellen, die sich ihre Mai[illegible]t anders als friedlich vorstellen können. Sie haben zwar, seit über Sachsen der Belagerungszustand verhängt wurde, täglich geschrieben, die Arbeiterschaft müsse jede Gelegenheit des kommenden Protest ausnützen, die Unabhängigen dächten nicht daran, sich um den Belagerungszustand zu scheren, sie haben weiter zwar täglich die Räterepublik hochleben lassen, täglich „wieder mit Regierung" wiederholt und mit Nachahmung des bayerischen Beispiels gedroht. Indem soll alles Schwindel sein, wenn bei uns behauptet worden ist, Anzeichen deuten [illegible], daß die Revolutions-Hysteriker auch den Feiertag der Arbeit für ihre spartakistischen [illegible]ißbrauchen wollten. Sie sind nicht zu fassen, diese führenden unabhängigen Helden, [illegible]att wie Aal.

Der vernünftige Teil der Bevölkerung hat die Doppelzüngigkeit dieser Unabhängigen, die in der Theorie gegen [illegible] und in der Praxis immer Schleppenträger spartakistischer Putsche sind, längst durchschaut. Der große Teil der Arbeiterschaft wird darum auch den sozialdemokratischen Aufruf verstehen und sich an Straßenkundgebungen nicht beteiligen. Es ist Narrheit oder bewußte Irreführung, wenn die unabhängige Parteileitung behaupten will, daß sie trotz der täglich geübten Verhetzung ihrer Anhänger etwaige Demonstrantenzüge in der Hand habe.

Darin beruht die Gefahr der Stunde! Wer darum nicht will, daß der 1. Mai durch Straßenexzesse besudelt werde, der folge der sozialdemokratischen Parole und halte sich von unabhängig-spartakistischen Demonstrationsversuchen fern!

Beginn der Einheits-Volksschule in [illegible]en.

Es geschieht jetzt tagtäglich [illegible] Vorübergehendes und Unbedeutendes, daß man da[illegible]berfällt, was an Bleibendem und Wichtigem unt[illegible]fft. Wer denkt z. B. in diesen Tagen daran, daß [illegible]t in Sachsen ein jahrzehntelang umkämpftes und e[illegible]el der deutschen Lehrerschaft und der deutschen So[illegible]tie verwirklicht — die allgemeine Volksschule. Se[illegible]gen zum ersten Male die armen wie die reichen [illegible] auf derselben Bank. Nicht mehr trennt man künft[illegible]der in Schüler 1. und 2. Klasse, in Bürger- und Vo[illegible]. Nicht mehr wird fürderhin der Sohn des Fa[illegible]s vom ersten Schultage an einen besseren Unterri[illegible]ner kleineren Klasse bekommen als der Sohn des [illegible] Es ist notwendig, daß wir uns das heute einm[illegible]glich vor die Seele stellen, schon um der wichtigen m[illegible]und sozialen Folgen willen, die diese Maßnahme mi[illegible]gt.

Es konnte gar nicht ausbleiben, d[illegible]ürgerschüler sich bisher für etwas Besseres hielt al[illegible]zksschüler. Umgekehrt kam es nur zu oft vor, daß [illegible] Seele des Bezirksschülers bereits in jungen Jahre[illegible]kes Neid- und Haßgefühl bildete gegen den reichen [illegible]ent es vergönnt war, in die bessere Schule zu gehen. [illegible] mich noch nur zu gut besinnen, mit welchen Augen [illegible]ühlen wir auf die Jungen blickten, denen es sozusa[illegible]rdlich bescheinigt war, daß sie einer erhabeneren [illegible]lasse angehörten als wir und unsre Eltern. Es [illegible]8 Jahre her, daß ich als Sprößling der Viertreppig[illegible]mich von oben herab behandelnden Bürgerschüler aus [illegible]dgeschoß zurief: „Du brauchst dir nichts Besonderes e[illegible]en, weil deine Eltern auf dem großen Geldsack sit[illegible]ie rege mögen diese Klassengefühle schon damals getr[illegible], wenn man sich ihrer Aeußerungen noch so lange [illegible]. Das alles wird wegfallen, wenn man die Kinder nic[illegible]künftlich trennt, sondern zusammen leben, zusammen[illegible]n, zusammen spielen läßt. Gleichgesinnte Seelen [illegible] verschiedensten Kreisen werden Freunde werden un[illegible]einen Nöte und Freuden miteinander teilen. Die Kl[illegible]erden sehen, daß es bei den Reichen wie bei den Ar[illegible]heite und Dummköpfe, gute Kameraden und üble Ge[illegible]stille Träumer und ungehobelte Rabenbrüder gibt. [illegible]chen werden es verlernen, auf die Armen als solche [illegible]itig herabzublicken, die Armen werden lernen, den Re[illegible]icht nach dem Kleid, sondern nach dem Kerl, der darin [illegible] zu beurteilen. Und das wird beiden Teilen nichts sc[illegible]

Wie in ethischer Beziehung wird die allgemeine [illegible]s-schule aber auch in sozialer Hinsicht erzieherisch wirk[illegible]be manches Söhnchen wohlhabender Eltern, das bisher [illegible]ch von jeder Berührung mit Kindern andrer Kreise fern[illegible]n wurde, wird nun erst einmal die Armut und ihre [illegible]. nungen kennen lernen.

Ihre Hauptbedeutung gewinnt die allgemeine [illegible] schule aber erst als Grundlage der künftigen Einheits

Jetzt erst wird es möglich, nach vier- oder mehrjährigem Besuch der Grundschule die Schüler nach ihren Begabungen in die verschiedenen höheren Schulen oder Fachschulen zu verteilen. Nun erst wird auch der hochbegabte Sohn des Armen nicht mehr verdammt sein, als Schreiber oder Arbeiter voll ungestillter Sehnsucht ein mißlungenes Leben zu betrauern. Anderseits wird der Sohn des Wohlhabenden, der technisch begabt ist und einen ausgezeichneten Mechaniker oder Kunsttischler abgeben würde, nicht mehr vom Hochmut seiner Eltern gezwungen werden können, in einem für ihn durchaus nicht passenden wissenschaftlichen Beruf als eine Null sich und andern Leuten das Leben schwer zu machen. Wenn man an alle diese Folgen der Einführung der allgemeinen Volksschule denkt, dann wird es wohl jeden Volksgenossen klar werden, daß der 28. April 1919 von unsern Nachkommen als ein denkwürdiger Tag in der Kulturgeschichte unsres engeren Vaterlandes betrachtet werden muß.

Die Entscheidung in Versailles.

Die deutsche Friedensdelegation ist mit ihrer Spitze bereits in Versailles eingetroffen, mit ihrer Hauptmacht dorthin unterwegs. Um den Weltfeiertag des 1. Mai herum, werden ihr „die alliierten und assoziierten Mächte" die Friedensbedingungen bekanntgeben. Italien wird freilich voraussichtlich nicht mehr dabei sein — die italienischen Staatsmänner sitzen grollend um Fiume in ihrem Zelt.

Was die Entente uns zugedacht hat, wissen wir noch nicht. Erst nach der Ueberreichung des Friedensentwurfs soll eine zuverlässige Inhaltsangabe darüber veröffentlicht werden. Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen ist gewiß wünschenswert, aber wenn nicht in Versailles, wie seinerzeit in Brest-Litowsk, alle Verhandlungen öffentlich geführt werden können, könnte es am Ende das Beste sein, gar nichts zu veröffentlichen. Denn von Forderungen abzulassen, die alle Welt schon kennt, ist naturgemäß schwerer als das Heruntergehen von Bedingungen, die man nur im engeren Kreise entworfen hat.

Nach den Stimmungsberichten der Agence Havas und der Ententepresse müssen wir annehmen, daß die siegreichen Gegner, abgesehen von Elsaß-Lothringen, uns auch den Verlust des Saarreviers und eines großen Teils von Westpreußen mit Danzig sowie eine Kriegsentschädigung von über 500 Milliarden Mark zuzumuten beabsichtigen. Das Saarrevier soll angeblich 15 Jahre lang von den Franzosen besetzt und verwaltet werden, um als Pfand für die geforderte Schadenvergütung zu dienen; dann soll es frei abstimmen, ob es zu Deutschland zurückkehren, sich Frankreich anschließen oder unter Kontrolle des Völkerbundes bleiben will. Dieser künstliche Aufbau bedeutet genau dasselbe, als wenn Frankreich das Saarrevier glatt annektierte. Denn in 15 Jahren kann Frankreich die ganze eingeborene Bevölkerung aus dem Saarrevier vertreiben oder fortekeln und an ihre Stelle französische Bergarbeiter und Kulis setzen. Dann wird im Jahre 1934 die Volksabstimmung über des Saarbeckens weiteres Schicksal schon nach den Wünschen der französischen Eroberungspolitiker ausfallen.

Daß Danzig ein Freihafen wird, dagegen wird Deutschland schwerlich Einspruch erheben. Selbst eine internationale Kontrolle darüber, daß Polens freier Zugang zum Meere in Danzig nicht beeinträchtigt wird, wäre annehmbar. Unerträglich und ganz unbegründet aber ist das Verlangen polnischer Souveränität über den Freihafen Danzig, während die Bewohner zu 99 Prozent Deutsche sind. Irgendwelche größere Zahlungen zu leisten, ist Deutschland gegenwärtig nicht in der Lage. Im Gegenteil, wenn es nicht hilflos zusammenbrechen soll, muß ihm zur Erlangung von Rohstoffen und Lebensmitteln eine große Anleihe gewährt werden. Ist auf diese Weise Deutschlands Wirtschaft wieder in Gang gebracht, dann wollen wir den Feinden gern ihren wirklichen Schaden ersetzen, da wir ja einmal besiegt und deshalb im Unrecht sind. Aber daß aus Deutschland im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte die phantastische Summe von Hunderten von Milliarden herauszuholen wäre, ist ganz ausgeschlossen, in diesem Punkte haben die Finanzsachverständigen der Entente einfach Unsinn geredet.

Die deutsche Friedensdelegation wird sich in Versailles nicht auf die Kniffe und Pfiffe der alten Diplomatenschule einzulassen brauchen. Sie wird lediglich das deutsche Recht auf Leben, gestützt auf die 14 Punkte Wilsons, die von beiden Parteien rechtsverbindlich angenommen sind, zu vertreten brauchen. Selbstbestimmungsrecht der Völker, ehrlicher Völkerfriedensbund, internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung umfassen alles, was Deutschland jetzt für sich begehrt.

Deutsch-französischer Notenwechsel.

Berlin, 28. April. Die Verbündeten haben am 26. April in Spa eine Note überreicht, in der Clemenceau, der Vorsitzende der Friedenskonferenz, im Namen der französischen, britischen, amerikanischen, belgischen und italienischen Regierung die deutsche Regierung auffordert, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen, damit den Wünschen der alliierten und assoziierten Regierungen Genüge getan werde, um die mit Deutschland im Gange befindlichen wirtschaftlichen Unterhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte über die Deutschland zu liefernden Nahrungsmittel und Rohstoffe zu erleichtern und zu beschleunigen. Die fünf alliierten und assoziierten Regierungen laden die deutsche Regierung ein, eine aus wenigen Mitgliedern bestehende Kommission von Spezialsachverständigen für Volksernährung, Seetransporte, Rohstoffe, Handel und Verkehr nach Versailles zu entsenden.

Reichsminister Erzberger ließ nach Spa folgende Antwortnote übermitteln: Ersuche, morgen General Nudant mitzuteilen, daß die deutsche Friedensdelegation dem in der Depesche von Herrn Clemenceau geäußerten Wunsche entsprechend bereits 25 Delegierte aus wirtschaftlichen und industriellen Gebieten umfaßt. Näheres wird die deutsche Friedensdelegation mündlich mitteilen. Sollte eine ergänzende Kommission notwendig sein, so würde diese schnellstens nach Versailles abreisen.

Für den Wilsonfrieden.

Haag, 28. April. Wie der Manchester Guardian mitteilt, haben die hervorragendsten Arbeiterführer Englands, wie Henderson, Hodge, Smillie und Thomas, im Anschluß an den italienischen Zwischenfall in Paris dem Präsidenten Wilson, Clemenceau, dem italienischen Sozialisten Turati und Lloyd George ihre Glückwünsche und Zustimmung zu dem Wilsonfrieden der 14 Punkte gesandt.

Kundgebungen in Fiume.

Agram, 28. April. Aus Fiume eingetroffenen Nachrichten zufolge haben dort auf die Meldung hin, daß die italienischen Delegierten Paris verlassen haben, große Kundgebungen stattgefunden. Die Italiener veranstalteten unter Schmährufen gegen Wilson einen Umzug durch die Stadt. Der italienische Nationalrat hielt eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, Fiume dem italienischen General Graziani auszuliefern, um die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Elsaß-Lothringen und der Papst.

Berlin, 28. April. Die Deutsche Allg. Ztg. meldet aus Zürich: Der Papst ernannte soeben auf Grund des für Elsaß-Lothringen nach geltenden Konkordats den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Elsässer Ruch, Bischof von Nancy, seit 1914 französischer Armeebischof, zum Bischof von Straßburg und den bisherigen Metzer Generalvikar Pelt zum Bischof von Metz. Gleichzeitig bewilligte der Papst die angebotene Verzichtleistung der Bischöfe Fritzen von Straßburg und Benzler von Metz. Diese Lösung der elsässischen Kirchenfrage ist die erste Frucht der von Rom durch den Kardinal Amette mit Clemenceau geführten Verhandlungen. Diese Ernennung stellt also einen Akt der französischen Staatshoheit über Elsaß-Lothringen und ihre Anerkennung durch die Kurie dar.

Keine Verhandlungen in Bayern.

Der Vormarsch gegen München.

* Am Sonntag sollten in Ingolstadt Verhandlungen zwischen der Regierung Hoffmann und einer Räteabordnung aus München stattgefunden haben. Wir haben wiederholt betont: Wenn sich durch Verhandlungen ein Gemetzel unter Volksgenossen vermeiden und eine dauernde Festigung der gesetzmäßigen Regierung erreichen läßt, dann: verhandeln! Aber nur dann! Es muß endlich reine Wirtschaft gemacht werden, die Regierung kann nicht dulden, daß in Deutschland Brandherde bestehen bleiben, die den so dringend notwendigen Wiederaufbau hindern.

Für die hiesige unabhängige Volkszeitung wird diese Bemerkung natürlich wieder den Anlaß bilden, um in ihrer

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190429/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG